

# Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. RM. 2.70 einschließlich des „Allg. Unterhaltungsblattes“ in der Geschäfts-  
stelle, bei unseren Böden sowie bei allen Reichs-  
postanstalten. — Erscheint täglich abends mit  
Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den  
folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener  
Ereignisse des Betriebes der Zeitung, der Verantwortlichkeit über die  
Verantwortung der Redaktion der Zeitung über mit  
Abgabe der Druckformen.

Verl.-Abz.: Amtsblatt.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel,  
Neuheide, Oberkützingrün, Schönheide,  
Schönheiderhammer, Sosa, Unterkützingrün, Wildenthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Zeile 20 Wg.  
Im Reklameteil die Zeile 10 Wg.  
Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Wg.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags  
10 Uhr, für höchste Tage vorher.  
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen  
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage  
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,  
ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fern-  
sprecher abgegebenen Anzeigen.

Verlagsnummer Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannemann in Eibenstock.  
86 Jahrgang.

Nr. 24.

Donnerstag, den 30. Januar

1919.

## Aufhebung der Spinathöchstpreise.

Mit sofortiger Wirkung werden die in der Bekanntmachung des Arbeits- und  
Wirtschafts-Ministeriums vom 27. Dezember 1918 — Nr. 301 Sächs. Staatszeitung  
vom 28. 12. 1918 — festgesetzten Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelshöchst-  
preise für Spinat bis auf weiteres aufgehoben.

Dresden, am 26. Januar 1919.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.

Landeslebensmittelamt.

254 VG 2  
955

## Pferdefarten betreffend!

Auf Anordnung des Generalkommandos XIX. werden vom 20. Januar 1919 ab  
die Inhaber von Pferdefarten, die von den zuständigen Zivil-Verwaltungsbehörden im  
Bereich des XIX. Armeekorps ausgestellt sind, zu Versteigerungen innerhalb des gesam-  
ten Korpsbereiches zugelassen.

Schwarzenberg, am 24. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

## Der deutsche Selbstmord.

Experiment zu unrechter Zeit.

Im Rheinland ist eine Sozialisierungskommission  
am Werk, um festzustellen, ob die von den Arbeit-  
tern angestrebte und als bringend bezeichnete Ver-  
staatlichung der großindustriellen Betriebe sich zur  
Zeit durchführen läßt. Die Arbeiter haben am 9.  
November politisch die Schlacht gewonnen; daß sie  
jetzt die Beute einzubringen trachten und Erfül-  
lung aller der Verjährungen verlangen, die ihre  
Führer ihnen vierzig Jahre lang versprochen  
gemacht haben, ist menschlich verständlich. Und so  
bleibt nur die Frage zu beantworten, ob die Ver-  
gesellschaftung ihnen alle erhofften Vorteile bring-  
en oder ob sie sich bei Anwendung dieser Waffe  
nicht ins eigene Fleisch schneiden werden.  
Das Ausland ist einverstanden und —  
zufrieden.

Zu einiger Vorsicht mahnt von vornherein die  
Haltung des Auslandes den grundstürzenden Plänen  
unserer neuesten Wirtschaftsreformer gegenüber.  
Man lehnt sich in der Presse, der feindlichen sowohl  
wie der neutralen, nicht wider die Aenderung auf,  
obgleich sie doch Deutschlands Zahlungsfähigkeit be-  
einflussen, die für die Entschädigungsansprüche des  
Vielverbundes bereitstehenden Pfänder im Werte her-  
abmindern kann. Englische wie holländische Zer-  
tungen weisen vielmehr ganz glaublich darauf hin,  
daß z. B. die Sozialisierung der rheinisch-westfäl-  
ischen Kohlengruben, der Hochöfen usw. den nieder-  
ländischen Markt, nicht minder den lothringischen,  
vielleicht sogar den süddeutschen, für die englische  
Kohle frei machen könnte. Bisher führte das rhei-  
nisch-westfälische Kohlsyndikat über 7 Millionen  
Tonnen deutscher Kohle alljährlich nach Holland aus.  
Wird der Preis dieser Kohle jedoch durch die er-  
höhten Unkosten des Staatsbetriebes wesentlich ge-  
steigert, so vermag sie den Wettbewerb der engli-  
schen nicht mehr auszuhalten. Und Sozialisierung  
bedeutet, schon weil selbstverständlich die Arbeiter  
unter ihrer Herrschaft bedeutend bessere Löhne ver-  
langen, und ebenso selbstverständlich auch der Staat  
mindestens verdoppelten Gewinn erzielen will, un-  
weigerlich eine gewaltige Erhöhung der Preise des  
deutschen Erzeugnisses.

Und der Staat verrechnet sich.

Kun fragt es sich aber gleich weiter, ob der  
Staat mit seiner Annahme, durch die Sozialisie-  
rung viel Geld in die Kassen zu bekommen, recht  
haben wird. Die sehr hohen Ansprüche der Ar-  
beiter pflegen bekanntlich allen Staats- und Ge-  
meindebetrieben gefährlich zu werden; gerade ihnen  
stellt man stets sofort straffe Forderungen hinsicht-  
lich der Löhne und der Tarifgestaltung. Bei ihrer  
bürokratischen Verwaltung und natürlichen Schwer-  
fälligkeit müssen sie ohnehin auf einen Teil des Ge-  
winnes verzichten, der dem schlackeren, bewegungs-  
freieren Privat-Unternehmer zufällt; drückt kürzere  
Arbeitszeit, allzu milde Aufsicht, die Wahl der Be-  
amten nach politischen Gesichtspunkten u. a. den Rein-  
ertrag noch stärker herab, so bleibt wahrscheinlich  
letzten Endes für den Staat weniger übrig, als er  
früher von der selbständigen Industrie in der Form  
von Steuern empfangen hat. Gemeinlich-wirtschaft-  
liche Betriebe empfehlen sich hier vielleicht mehr.  
Auch im Interesse der Arbeiter, für die dadurch  
die Verlustmöglichkeiten verkleinert werden. Denn  
bei der Sozialisierung hätten doch wohl die Risiko-  
zu tragen, das schlechte Geschäftsgang, Unruhen,  
Krieg usw. herbeiführen können.

Neue Anlagen gibts dann nicht mehr.

Die schlimmste Schattenseite der Vergesellschaftung

ist die restlose Verstreuung der Ueberschüsse an  
Staat und Arbeiter. Während der Privatbesitzer aus  
den Erträgen seines Unternehmens Betriebs-Verbes-  
serungen leistet, Erweiterungs- und Neubauten  
ausführt, und so das werdende Volksvermögen er-  
höht, ist davon bei Staats- und Gemeindebetrieben  
nicht die Rede. Dabei bedürfen wir in dieser Zeit  
deutscher Verarmung des allerwertigsten Spargeldes!  
Nur hart arbeitend, das Erarbeitete fest zusamman-  
haltend, können wir wieder emporkommen.

Vergesellschaftung ist ein Wagnis,  
das sich vielleicht strobend reiche Länder mit einem  
natürlichen Ueberfluß an Rohstoffen und mit Mejer-  
überschüssen aus gewaltiger Ausfuhr leisten kön-  
nen. Auf uns trifft dies, wenigstens au-  
genblicklich nicht zu. Wir lähmen durch So-  
zialisierungsbestrebungen die Kraft unserer Industrie.  
Eren Hedin schrieb vor kurzem über den deutschen  
Zusammenbruch: „Es gab nur eine Macht, die stark  
genug war, Deutschlands Widerstandskraft zu ver-  
nichten, und dies war Deutschland selbst.“ Seine  
Worte zielen auf unser militärisches Unglück. Soll-  
ten sie auch für unsere Industrie Geltung erlangen?

## Der Profit bei der Sozialisierung.

In verschiedenen Bergbaubezirken ist bekanntlich  
von den Grubenarbeitern mit großer Entschieden-  
heit die Sozialisierung der Kohlenbetriebe gefordert  
worden. Die Reichsregierung hatte schon vorher  
eine Kommission eingesetzt, die zusammen mit Sach-  
verständigen die Verstaatlichungsfrage beraten soll.  
Es soll darin mit aller Vorsicht, welche dies schwa-  
rige Thema erheischt, vorgegangen werden, und eine  
Rahmung zur Mäßigung stellt auch das Wahlergebnis  
für die Nationalversammlung dar, in der die Stäm-  
mer und Dränger nicht in überwältigender Menge  
vorhanden sind. Der Volksbeauftragte Köstke hatte  
vor kurzem die Kopfsichtigkeit beim Sozialisieren mit  
einem drastischen Wort gekennzeichnet. Er sagte,  
das wäre so, als wenn wir einen Ochsen in ein  
Parzellenland jagten. Es würde Scherben über  
Scherben geben, statt eines Nutzens.

Denn ohne Aussicht auf einen Nutzen, auf  
einen lohnenden Zweck tut man nichts. Bleibt al-  
les beim alten, oder wird etwas gar verschlechtert,  
so kann man sich die Arbeit sparen. Das Wort  
Profit hat in der Ära der Kriegsgewinne gerade  
nicht den besten Klang, aber wahr bleibt darum doch,  
was vor Jahren schon August Bebel sagte, ohne  
Profit raucht kein Schornstein. Und es ist gleich,  
ob der Schornstein in einem Privat- oder Staats-  
betriebe steht, denn ohne Nutzen kann auch der Staat  
nicht arbeiten. Sich auf Sachverständige zu beru-  
fen, hat hierbei seine Bedenken, denn auch den besten  
Sachverständigen fehlen hierbei die Erfahrungen gro-  
ßen Stills, auf die es doch gerade ankommt. So ist  
die Sozialisierung ein Wagnis, dessen Scheitern oder  
Gelingen kein Menschenwille mit unbedingter Si-  
cherheit verbürgen kann.

Noch niemals hat ein Staatsbetrieb billiger ge-  
arbeitet, als ein Privatbetrieb, denn weil der Staat  
über ganz andere, viel größere Mittel verfügt, wie  
ein Privatmann, verlangt jeder von vornherein, daß  
er nobel ist. Das kostet Geld. Und wird viel Geld  
ausgegeben, kann nur wenig übrig bleiben, was  
nicht die Einnahmen gesteigert werden. Höhere Ein-  
nahmen erzielt man durch Erhöhung des Preises  
oder durch Erweiterung des Absatzes. Da im ver-  
staatlichten Industriebetriebe der vermehrte Umsatz  
ebenfalls die Kosten steigert, so muß also die Preis-  
steigerung Platz greifen, wenn anders nicht der er-  
forderliche Nutzen erzielt wird. Also höhere Preise!  
Ja, werden da die Millionen Käufer rufen, was

ist denn das? Die Sozialisierung des Betriebes soll  
allen nützlich sein. Und nun müssen wir höhere  
Preise zahlen? Das geht nicht. Da steckt also we-  
der ein Haken und die Tatsache bleibt, der Staat  
kann nicht über das normale Maß hinaus nobel  
sein, wenn er nicht der Gesamtheit aller Steuer-  
zahler die Kosten dafür auferlegen will. Und was  
bleibt dann? Wenig oder nichts.

Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten über-  
wunden werden, so bleiben noch andere Gefahren für  
ein Gelingen der Sozialisierung bestehen, die keine  
Macht der Erde beseitigen kann, ebenso wenig, ein  
Menschenwille eine Miferate durch Umverteilung zu hin-  
dern vermag. Die größten dieser Gefahren heißen  
Konjunktur und Konkurrenz. Die heutige Geschäfts-  
konjunktur ist aus den bekannten Gründen flau, und  
wenn dabei verstaatlicht werden sollte, so würde der  
Profit zusammenschmelzen, wie Schnee in der Sonne.  
Daß dabei die hohen und noblen Anforderungen  
nicht aufrecht erhalten werden können, das ist selbst-  
verständlich. Das Risiko in Privatunternehmungen  
hat in der Hauptsache der Unternehmer getragen,  
der Staat muß das Risiko aus den Taschen der  
Steuerzahler begleichen, denn anderes Geld besitzt  
er nicht. Die mitleidige Konjunktur braucht nicht im-  
mer durch schlechte Zeiten herbeigeführt zu werden,  
auch neue Erfindungen und technische Vervollkom-  
nungen können sie veranlassen. So wollen jetzt die  
Amerikaner eine neue Kohlen-Komposition erfunden  
haben, die Triketts und andere Brennstoffe aus dem  
Felde schlagen soll.

Und damit kommen wir zur internationalen  
Konkurrenz, die bei den gewaltigen finanziellen und  
materiellen Hilfsmitteln Amerikas größer ist, als je.  
Auch England ist ein gewaltiger Nebenbuhler.  
Wenn kon vorher einem deutschen Staatsbetrieb  
durch billigeres Angebot Konkurrenz gemacht wird,  
kann das deutsche Publikum gezwungen werden, die  
höheren Preise zu zahlen? Nein, das Ausland wird  
sich auch im Friedensvertrage gegen solche Maß-  
nahmen schützen. So muß man sich darüber klar  
werden, daß die Sozialisierung auf dem Papier  
Musterprofit darstellen kann, aber niemand weiß,  
ob er da bleibt, wenn er eingestekt werden soll. Wir  
haben schon Anzeigen dafür im alten Deutschland  
bei den verstaatlichten Eisenbahnen, die doch kon-  
kurrenzfrei sind, und benutzt werden müssen, gehabt.  
In Zeiten schlechter Konjunktur schrumpfen die  
Ueberschüsse zusammen, und wenn der Grundfalsch  
strenger Sparsamkeit aus den Augen verloren wor-  
den wäre, so würde überhaupt nichts übrig geblie-  
ben sein.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Deutsche Volkspartei an den  
Kaiser. Die Deutsche Volkspartei hat zum  
Geburstag des Kaisers folgenden Telegramm ab-  
geschickt: An Seine Majestät Kaiser Wilhelm, Am-  
rungen (Holland). Eurer Majestät sendet die Deu-  
tsche Volkspartei zum 60. Geburstag ehrfurchtsvolle  
Glückwünsche. Wir würdigen in dankbarer  
Arbeit, die Eure Majestät, getreu dem Ausspruch  
„Kaiserium ist Dienst am deutschen Volke“ in mehr  
als 30-jähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und  
das deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an  
die ersten Worte des alten national-liberalen Par-  
teiprogramms „unverbrüchliche Treue für Kaiser u.  
Reich“ gedenken wir der großen Zeit, die Deutschland  
und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durch-  
lebt haben. Wir wünschen Eurer Majestät von gan-  
zem Herzen einen friedlichen Lebensabend und bit-

ten, davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter den neuen Verhältnissen und auf neuer Grundlage des Staatslebens stets das Bestreben zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Klerikums und preussischen Königtums wenden werden.

Staatsminister a. D. Dr. Heinze,  
Oberpräsident Dr. v. Richter, Dr. Stresemann.  
Geburtsstagsadresse an den Kaiser.  
Die Geburtsstagsadresse für Kaiser Wilhelm II., die der „Reichsbote“ in Berlin ausgelegt, hat in wenigen Tagen 132000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen deutschen Gauen gefunden. Die Frist zur Einreichung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Guldigungs- und Gebung wurde Montag dem Kaiser telegraphisch übermittelt.

Berliner Besprechungen über die Friedenskonferenz. Am Montag fand im Reichskanzlerhaus eine eingehende Besprechung der Reichsregierung mit den Staatssekretären über die Vorbereitungen berichtet und der Stand der umfangreichen Vorarbeiten für die einzelnen Verhandlungsmaterien. Es herrschte einstimmige Übereinstimmung darüber, daß die gesamten Verhandlungen beim auswärtigen Amt konzentriert werden müßten und daß die enge Beteiligung der übrigen Ressorts durch eine tägliche Konferenz der Staatssekretäre gewährleistet werden soll. Auch die fortlaufende genaue Information der Bundesstaaten wurde in den Kreis der wichtigsten Aufgaben einbezogen. Die Personenfrage wird in den nächsten Tagen im engsten Kreise von der Reichsregierung beraten und entschieden werden.

Berlin soll Reichshauptstadt bleiben. Aus einer Entschließung des Bürgerrates von Groß-Berlin erfährt man, was der „Vorwärts“ hervorhebt, von einer Erklärung Eberts, daß die Reichsregierung an Berlin als Reichshauptstadt unbedingt festhalte.

Amlicher Bericht über die Lage in Polen. Die „Telegraphen-Union“ erfährt aus Bromberg: Der amtliche Bericht vom 26. lautet: In Richtung Hohenfalka haben wir unsere Positionen bis an das Süden des Jesuitenweges vorgeschoben. Einige Polen, die sich in Adlig-Rühlsdorf festgesetzt hatten, wurden nach kurzem Feuerkampf von unseren Patrouillen vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinsburg, Josephinen und Potulitz näherten, wurden abgewiesen. Wilhelmstadt (5 Kilometer südwestlich Rakel) wurde von uns besetzt. Eigene Artillerie zerstreute Bandenansammlungen östlich Rehwilde. Der amtliche Bericht vom 27. lautet: Einer Patrouille, die nach Erlau (etwa 5 Kilometer nordwestlich Rakel) vorging, wich eine polnische Bande aus. Am 1. Uhr nachts wurde unser Posten in Wilhelmstadt von einer starken polnischen Bande angegriffen.

Eine deutsche Revolution ohne Nachwirkungen im Auslande unmöglich. Das „Hamburger Echo“ führt in einem Leitartikel über die Dienstag in Bern stattfindende internationale Sozialistenkonferenz aus, daß die Sozialisierung in Deutschland unmöglich sei, ohne die Mitwirkung des Auslandes. Ohne die Erreichung eines Mindestmaßes sozialistischer Forderungen auch in den anderen Ländern müsse die deutsche Revolution ein mißglückter örtlicher Versuch bleiben. Das Blatt schließt mit der Bemerkung, daß die Hoffnungen Deutschlands auf derartige Nachwirkungen im Auslande nur gering seien.

Elektrifizierung der Bahnen. Die Aussichten für eine Durchführung des elektrischen Betriebes auf den Eisenbahnen sind durch den Krieg u. die staatliche Umwälzung erheblich günstiger geworden. Die früheren Bedenken sind mehr oder weniger verschwunden. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges und den damit verknüpften Umständen wesentlich zugunsten der Neuerung verschoben. Während der Dampfbetrieb der Eisenbahnen 13 Millionen Tonnen Kohlen im Jahre beansprucht, würden für einen elektrischen 5 Millionen genügen. Dazu ermöglicht dieser noch die Gewinnung von einer halben Million Tonnen Ammoniakfoda, 1 Million Tonnen Oel, was für 20 Millionen Kilowattstunden, zweimal soviel, wie wir vor dem Kriege überhaupt erzeugten. Der elektrische Betrieb gestattet endlich, die Lokomotiven von beliebiger Größe zu bauen. In deren Bedienung gehört ein Mann und ein Zugbegleiter, während für die großen Dampflokomotiven jetzt die angespannte Arbeit von drei Mann erforderlich ist. Es leuchtet ein, was dies bei den heutigen Löhnen bedeutet.

#### Österreich.

Die Warnung vor gewaltsamen Eroberungen. Die Warnung der Entente-Mächte, daß die Staaten sich vor der Entscheidung der Friedenskonferenz durch Okkupation und Annexion ihnen noch nicht zugesprochenes Gebiet aneignen sollen, wird in Wien zwar von der Presse, aber nicht von den politischen Kreisen so beifällig aufgenommen, wie man nach ihrem bloßen Wortlaut annehmen sollte. Man sieht ihren Ursprung nicht in der Absicht, das deutsche Volk vor Vergewaltigungen zu schützen, sondern in der Furcht, daß etwa die geliebten Polen von der organisierten deutschen Gegenwehr mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden, und, daß daraus der Entente Verlegenheit erwachsen könnte und ferner in den Konflikten, die zwischen Polen und Tschechen einerseits und Südslaven und Italienern andererseits entstanden sind. Das deutsche Volk aber bleibt nach wie vor vogelfrei. Vor allem vernünftiger man in dieser Warnung den Befehl, die widerrecht-

lich besetzten Gebiete unverzüglich zu räumen, wodurch allein sie ein Gewicht erhalten könnten. Indem man weiter den sehr späten Zeitpunkt der Warnung mit dem Umstande in Verbindung bringt, daß die Feinde der Deutschen ihre Okkupation schon so gut wie vollendet haben, kommt man umgekehrt zu dem Ergebnis, daß eine etwaige Abwehr und eine Säuberung deutschen Gebietes mit dem Hinweis auf die Entscheidung der Konferenz verhindert werden soll. Tatsächlich treffen die Wurzelporen auch nicht die geringsten Anstalten, das besetzte Gebiet zu räumen. Ja, sie richten sich auf ihm schon vollkommen häuslich ein, ernennen Beamte, verfügen über die Amtssprache und tun ganz so, als ob die Entscheidung zu ihren Gunsten gefallen wäre. So ist es in Deutsch-Böhmen, Mähren und Schlesien und ebenso in Preßburg. Will die Entente also, daß ihre Warnung mehr ist als eine bloße Gebärde, so muß sie raschestens verfügen, daß die besetzten Gebiete ihre natürlichen Herren wieder haben werden.

#### Dänemark.

Die nordschleswigsche Frage. Gegen die übertriebenen Forderungen der dänischen Chauvinisten in der nordschleswigschen Frage wandte sich am Sonntag Minister Stauning. Er erklärte: Fünfzig Jahre lang haben wir gegen die Einverleibung der Dänen in Deutschland protestiert, und nun, wo Unrecht wieder gut gemacht werden soll, beginnt man in Dänemark dafür zu agitieren, daß Dänemark deutsches Land und deutsche Bevölkerung an sich reißen soll. Diese Bewegung ist für Dänemark nicht ohne Gefahr. Was dänisch ist, soll an Dänemark kommen. Aber alle weitergehenden Eroberungspläne müssen von allen denen zurückgewiesen werden, die das Wohl unseres Landes wollen.

#### Frankreich.

Keine deutschen Kriegsgefangenen für den Wiederaufbau französischer Gebiete? Nach Meldungen aus Paris ordnet ein Erlass des Kriegsministers an, daß deutsche Kriegsgefangene vorläufig nicht in dem wiederaufzubauenden Gebiet beschäftigt werden sollen.

#### England.

Einschränkung der feindlichen Besatzungsheere. „Berlinsche Tidende“ erfährt aus zuverlässiger Londoner Quelle, daß infolge befriedigender Fortschritte der deutschen Demobilisierung, wonach nur die Jahrgänge 1918 und 1919 unter Waffen verbleiben, die Alliierten sich auf eine Einschränkung ihrer Besatzungsheere einrichten. Wenn die Nationalversammlung die Demobilisierung fortsetze und sich gegen das Beträtseln erkläre, dann könne Deutschland leichtere Friedensbedingungen u. eine frühere Aufnahme in den Völkerverbund erwarten.

#### Amerika.

Amerikanische Hilfe mit Ausschluss Deutschlands. Wie der amerikanische Pressedienst aus Washington ergänzend meldet, wurde bei der Bewilligung des 100 Millionen Dollar-Kredites vom Senat zur Bedingung gemacht, daß das Geld zur Unterstützung außerhalb der Mittelmächte verwendet werde. Das Repräsentantenhaus bestimmte, daß das Geld nur für Hilfe außerhalb Deutschlands verwendet werde.

### Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Sosa, 23. Januar. Am Sonnabend sprach im „Ring“ auf Einladung der Schulleitung vor einer gut besuchten Versammlung der in pädagogischen und anderen Kreisen geschätzte Redner Herr Lehrer Schatter aus Chemnitz über die Neugestaltung des sächsischen Schulwesens. Er verstand es in meisterhafter Weise, die schwebenden Fragen zu behandeln und erntete seitens der gespannt zuhörenden Anwesenden, unter denen besonders viele Frauen waren, stürmischen Beifall. Wichtigen seine von tiefer Innerlichkeit durchdrungenen Darlegungen rechten Boden gefaßt haben, vor allem auch in der Frage der Stellung der Lehrerschaft zum künftigen Religionsunterricht.

Leipzig, 26. Januar. Aus dem Uhrengeschäft von Herrmann in der Stadterpassage sind für etwa 30 000 Mark Uhren gestohlen worden. Die Täter, mindestens drei, haben am 23. d. M. durch einen ihrer Kumpane den neben dem brauerten Geschäft liegenden leeren Laden gemietet, haben dorthin die gestohlenen Sachen geschafft und sie hier ungehindert verpacken können. Für die Ermittlung der Diebe und Herbeischaffung der gestohlenen Uhren sind 1000 M. Belohnung ausgesetzt worden.

Cuba bei Chemnitz, 27. Jan. Einen Putz auf das Gemeindefamt versuchten dieser Tage in den Abendstunden fünf in Militärmäntel gehüllte Verbrecher. Sie besetzten die Ausgänge und verlangten von dem Gemeindevorstand, dem einer den Revolver auf die Brust setzte, die Schlüssel zur Gemeindefasse, die verweigert wurden. Da sich durch die lauten Rufe des Gemeindevorstandes Leute angelammelt hatten, bekamen es die Verbrecher mit der Angst zu tun und ergriffen die Flucht, kündigten aber vorher an, daß sie bei einer etwaigen Verfolgung von ihren Waffen Gebrauch machen würden. Gegen Mitternacht erhielt das Gemeindefamt von den Chemnitzer Militärbehörden eine Schutzwache.

Schneeberg, 28. Januar. Ein frecher Diebstahl wurde in der vergangenen Woche nachts in einer Villa in der Gymnasialstraße verübt. Durch Eindringen eines Fenster gelangten die Diebe ins Innere des Grundstücks und nahmen hier 70 Flaschen Wein, 3 Zentner Kartoffeln, 2 Schlitzen, 2 Federn und ein Quantum Kohlen mit. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen waren bis jetzt ohne Erfolg.

Postsendungen an die in Belgien zurückgebliebenen Kranken, Verwundeten

und Sanitätspersonen. Briefe und Geldsendungen an das in Belgien zurückgebliebene Sanitätspersonal sind zu richten an das „Corps de prisonniers Guerre Wulveringhem“. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, Service sanitaire, hat sich bereit erklärt, gleichfalls Briefe und Geldsendungen an in Belgien zurückgebliebene Kranke, Verwundete und Sanitätspersonen zu vermitteln.

Zur Bekleidungsfrage teilt die Wirtschaftsstelle der deutschen Genossenschaften des Schneidergewerbes mit, daß an die Mengen der für die Schneiderei in Betracht kommenden, von der Kriegsrohstoffabteilung aus ihren aufgesammelten Beständen abzugebenden Oberstoffe keine allzugroßen Erwartungen geknüpft werden dürfen. Insbesondere aber stehen die verfügbaren Futtermasse in gar keinem Verhältnis zu den Oberstoffen. Ihre Bestände sind gleich Null. Indem auf diese Tatsache hingewiesen wird, wird ebensfalls davor gewarnt, große Erwartungen an den Preisrückgang der Waren zu knüpfen, da die Erwerbspreise dieser Materialien oftmals schon recht hohe waren. Auch Rückgang der Wöhne darf in Kürze nicht erwartet werden.

Die Schuhwarenpreise. Vom „Bund Deutscher Schuhmacher-Zünfte“ erhalten wir nachstehende Mitteilung: Durch die Demobilisierung ist man im Publikum vielfach der Ansicht, daß nunmehr Leder vorhanden und infolge dessen eine ganz wesentliche Verbilligung des Leders und auch des Schuhwerks eintreten müsse. Das trifft leider nicht zu. Die Preise für Unter- und Oberleder sind um 20% erhöht, auch die Arbeitslöhne sind weiter ganz wesentlich gestiegen, so daß die notwendige Erhöhung der Preise für Sohlen und Absätze je nach den örtlichen Verhältnissen bis 2.- M. und mehr beträgt, als bisher zulässig war. Außerdem sind wir über die Lederknappheit noch lange nicht hinweg. In ganz besonderem Maße ist es Oberleder, das uns in Zukunft noch weit knapper werden wird, als wie es bisher der Fall war. Daraus ergibt sich leider auch noch die weitere Tatsache, daß sich der Schuhmacher immer noch gezwungen sieht, bei seiner Arbeit Ersatzstoffe verwenden zu müssen.

Die Kriegsrohstoff-Abteilung hat im Auftrage des Demobilisierungsamtes eine Zusammenstellung von Bekannmachungen zur Ueberführung der deutschen Rohstoffwirtschaft in den Frieden nach dem Stande vom 20. Dezember 1918 herausgegeben. Ein Druckstück dieser Bekannmachung liegt bei den Amtshauptmannschaften zur Einsicht aus.

Einspruch der Evangel.-Luth. Landesynode. Der ständige Synodalausschuß hat im Namen der Evangel.-Luth. Landesynode Sachsens gegen die vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts herausgegebene Verfügung über die Einschränkung des biblischen Geschichtsunterrichts und die Einstellung des Katechismusunterrichts in den Volksschulen Einspruch erhoben. Der Synodalausschuß hat sich damit dem Einspruch des Evangel.-Luth. Landeskonsistoriums gegen die gleiche Verfügung angeschlossen.

Katechismusunterricht in der Schule. Wie verlautet, hat der sächsische Kultusbeauftragte auf einen Protest des Dresdener Rates hin zugestanden, daß der Katechismusunterricht, der durch eine Verordnung vom Neujahr 1919 ab aus den Schulen entfernt werden sollte, bis Ostern lehrplanmäßig weiter erteilt wird. Man darf gespannt sein, ob diese Verordnung auch im übrigen Lande, wo besonders in ländlichen Gegenden der Unwille über den willkürlichen Eingriff in den Lehrgang sehr stark ist, Geltung erhält.

A. W. M. Höchstpreise für Tafelobst. Nach der Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 29. 12. hat sich der Erzeugerpreis für den Zentner Tafeläpfel und Tafelbirnen vom 1. Januar 1919 ab um einen Aufbewahrungszuschlag von 2 M. erhöht, sodaß er im Januar 46 M. beträgt. Diese Preis-erhöhung beruht auf der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 31. Juli 1918, wonach zu dem Erzeugerhöchstpreise für Tafeläpfel und -birnen von 35 M. für den Zentner monatliche Zuschläge festgesetzt worden sind, die für die Monate Oktober und November zusammen 7 M., für die folgenden Monate je 2 M. für den Zentner betragen. Während bisher die Bevölkerung an den Höchstpreisen für Tafelobst kein wesentliches Interesse hatte, weil infolge der Notwendigkeit der Sicherung der Marmeladenherstellung auf Tafelobst an die Marmeladenfabriken abzuführen war, muß aber seit der Freigabe des Tafel- und Wirtschaftsobstes für den allgemeinen Verkehr die Bevölkerung über die gegenwärtigen Höchstpreise unterrichtet sein, um sich vor Ueber-steuerung schützen zu können.

Landwirte, haltet an Eurer Scholle fest! Bereingelt ist die Frage aufgeworfen, ob nicht das Gesetz, das den Erwerb größerer landwirtschaftlicher Grundstücke von der staatlichen Genehmigung abhängig macht, infolge der staatlichen Umwälzung weggefallen ist. Von anderer Seite wird damit gerechnet, daß dasselbe mit Friedensschluß außer Kraft tritt. Ohne Zweifel widerstrebt das Gesetz, das einen einschneidenden Eingriff in die Verfügungsfreiheit des Grundeigentümers, insbesondere des Gutsbesizers, bedeutet, den Zielen der gegenwärtigen Regierung in keiner Weise, vielmehr könnte es als Etappe zum positiven staatlichen Vorkaufsrecht angesehen werden. Weiterhin ist von vornherein in Aussicht genommen gewesen, in den (von den Kriegsjahren nur wenig abweichenden) Jahren der Uebergangswirtschaft die Kontrolle über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken beizubehalten, — möglicherweise wird, wie neuerdings von zuständiger Stelle angedeutet ist, nicht zum wenigsten infolge der unabwendbaren Zusammen-schrumpfung unserer Produktionsbasis, der staatliche Genehmigungszwang zu einer dauernden Einrichtung werden.

Selbstbun-  
 tpersonal  
 nter Guere  
 nite vom  
 sich bereit  
 in Belgien  
 tatsperfo  
  
 die Wir-  
 en des  
 Mengen  
 ben, von  
 aufsamme  
 keine  
 pfst wer-  
 verfü-  
 erhältnis  
 gleich  
 en wird,  
 artingen  
 kypfen  
 als schon  
 e darf in  
  
 „Bund  
 en wir  
 ifferung  
 daß nur  
 eine ganz  
 uch des  
 er nicht  
 ind um  
 er ganz  
 ge We-  
 je nach  
 mehr be-  
 und wir  
 hinweg-  
 er, das  
 w wird,  
 ist sich  
 ich der  
 i feize  
  
 hat im  
 nimen-  
 ng der  
 Stande  
 rufstid  
 nann-  
  
 a n-  
 hat im  
 gegen  
 Unter-  
 nkung  
 ng des  
 r u h  
 Ein-  
 gen die  
  
 chule.  
 te auf  
 daß  
 vom  
 sollte,  
 n darf  
 Bande,  
 e über  
 urt ist,  
  
 ob ft.  
 hafts-  
 is für  
 anuar  
 e. W.  
 Preß-  
 stelle  
 ch zu  
 von  
 gleicht  
 mber  
 W.  
 vöfse-  
 liches  
 Siche-  
 an  
 seit  
 den  
 wär-  
 eber-  
  
 lle  
 das  
 und-  
 acht,  
 Von  
 mit  
 über-  
 in  
 hon-  
 als  
 chen  
 om-  
 nent-  
 ton-  
 and-  
 um  
 um  
 nen-  
 Gen-  
 den.

Bei den überaus trostlosen Ernährungsvorhältnissen, deren Ende nicht abzusehen ist, bei dem andauernden Sinken des Geldwertes, der seinen Tiefstand schwerlich schon erreicht hat, sollte es eigentlich keiner besonderen Mahnung bedürfen, unter allen Umständen, wenn nicht etwa zwingende, nicht zu beseitigende Gründe dagegen sprechen, an dem Besitz festzuhalten. Aber immer noch lassen sich nicht wenige Landwirte infolge völliger Verkennung der Tatsache, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz den geringsten Wertschwankungen ausgesetzt ist, vor allem auch, wie aller Grund und Boden, den einzigen wirklichen Wert darstellt, durch hohe Kaufangebote zur Abgabe ihres Besitzums verlocken. L. K.

### Ghrentafel

- für die in dem großen Völkerrige 1918 Gefallenen aus dem Amtsgerichtsbezirk Eibenstock.
- Rudolf Unger** aus Eibenstock — gefallen.
- Walter Kammel** aus Schönheide, Unteroffizier, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. und der Friedrich-August-Medaille — schwer verwundet und gestorben.
- Ernst Arndert** aus Schönheide — an seinen Wunden gestorben.
- Richard Köhler** aus Schönheiderhammer — gefallen.
- Arno Holzhey** aus Unterföhngrenn — schwer verwundet und gestorben.
- Rudolf Schmidt** aus Unterföhngrenn, Gefreiter — bisher vermißt, gerichtlich für tot erklärt.
- Paul Dreifschneider** aus Hundshübel — infolge Krankheit gestorben.
- Richard Reichmann** aus Sofa — gefallen.



### Deutsche demokratische Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hielt am Montag Abend eine öffentliche Volksversammlung ab, in der Herr Arbeitersekretär Weiß aus Albernau über „Die Wahlen zur Sächsischen Volkstammer“ sprach. Nach einigen Begrüßungsworten und einem kurzen Rückblick auf den vergangenen Wahlkampf für die Nationalversammlung und den Erfolg der Deutschen demokratischen Partei seitens des Vorsitzenden äußerte sich der Redner zunächst über die Entwicklung der Bundesstaaten und den schädlichen Einfluß der Herrschaft des deutschen Volkes von jeher im Gegensatz zu England und Frankreich. Darunter habe unser sächsisches Volk sehr zu leiden gehabt, ebenso unter der Bevormundung Preußens. So gelte es vor allen Dingen, das wirtschaftliche Leben unseres Volkes, den einst so blühenden Handel, die Industrie und das Gewerbe sowie die Landwirtschaft durch intensive Arbeit zu einer gesteigerten Leistungsfähigkeit zu bringen, wenn wir nicht erledigt sein wollen. Aus diesem Grunde muß die Deutsche demokratische Partei die von der Sozialdemokratie angestrebte Sozialisierung der Produktionsmittel und des Grund und Bodens ablehnen. Der Redner verbreitete sich dann in schlichten, klaren, eindrucksvollen Ausführungen über alle Fragen, die der Sächsischen Volkstammer zur Erledigung bevorstehen, insbesondere über die Kirchen- und Schulfrage, über Mittelstands-, Beamten-, Arbeiter- und Steuerpolitik. Unbedingt notwendig sei die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und eines neuen Schulgesetzes, die Vereinfachung der Verwaltung und der Ausbau der sozialen Fürsorge. Zur Aussprache meldete sich ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, dessen Ausführungen Herr Arbeitersekretär Weiß treffend und sachlich widerlegte. R.

### Weimar.

Die Hauptstadt des früheren Großherzogtums Sachsen, die zum Sitz für die Nationalversammlung

außersehen ist, ist weltbekannt. Das hat die Ueberlieferung der Goethe- und Schillerzeit bewirkt. Zehntausende von Ausländern besuchen alljährlich die anmutige Stadt an der Ilm, in der die großen deutschen Weltkämpfer mit ihren Freunden gewirkt, und wo sie in der Fürstengruft ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Diese klassische Poetenzeit hat eine gewisse Wiederbelebung durch die Wirksamkeit des großen Musikanten Liszt vor sechzig Jahren gefunden, und heute noch versammeln sich alljährlich hochgestimmte und kunstfreundliche Männer an der Ilm. Weimar steht oben an unter den deutschen Städten, die sich einen ganz persönlichen und eigenartigen Charakter gesichert haben. Weimar ist reichlich!

Die elegante, aber doch in einzelnen stillen Winkeln an frühere Kleinstadteziten gemahnende, vornehme Mittelstadt, zählt etwa 35 000 Einwohner, aufgeweckte und intelligente Menschen, die die Bedeutung ihrer Stadt zu würdigen wissen, leben froh und mit künstlerischem Sinn wie alle Thüringer. Die Stadt wirkt schon beim Betreten durch weite Plätze und schöne Anlagen, historische Gebäude u. Naturschönheiten wecheln ab. Herrlich ist der Schlosspark und die Landschaft an der Ilm. Das großherzogliche Schloß ist ein weiter Bau, das neuerbaute Theater hat mit Recht einen großen Ruf. Die Industrie ist nur spärlich in Weimar vertreten, so daß das Leben einen starken Zug von Behaglichkeit hat. Es ist eine Stadt, die Friede und Ruhe atmet, und als solche wohl geeignet zur Besänftigung erregter politischer Nerven. Die Beschaffung der Räume für die hohe Versammlung macht keine Schwierigkeiten, wenn auch etwas Zeit dazu gehört. Wenn der Platz an Wohnungen knapp werden sollte, so bieten die in einer halben Stunde Bahnfahrt zu erreichenden Städte Erfurt und Raumburg genug. Das nahe Jena ist durch starken Studentenbesuch überfüllt, wie es heißt.

Für eine staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft ist die Zeit ebenfalls längst reif. Die Aufgaben der Elektrizitätsversorgung sind noch nicht beendet. In manchen Gewerbebezirken, im Eisenbahnbetriebe und in der Energieversorgung des platten Landes liegen noch große Gebiete, die vom Standpunkte gesunder nationaler Energiewirtschaft der Elektrizität zufallen müssen. Die Aufgabe des Reiches ist, die gesunden Kräfte in der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungesunden Erscheinungen planmäßig zu beseitigen. Eine Handhabe dazu kann die Einführung des Genehmigungszwanges für Starkstromanlagen geben. Das Reichsgebiet wird in organisch abgegrenzte Versorgungsbezirke eingeteilt. In jedem Bezirk schließen sich die Starkstromunternehmer unter dem regelnden Einfluß des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich zusammen. Sobald die einzelnen Gesegentwürfe die zuständigen Ressorts durchlaufen sind, wird auch darüber für die Öffentlichkeit weiteres berichtet werden. Die eugbültige Erledigung der Gesegentwürfe dürfte den ordentlichen Parlamenten des Reiches und der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Die Reisespesen des Herrn Barth. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Der frühere Volksbeauftragte Barth befindet sich zur Zeit auf einer Agitationsreise in Süddeutschland. Auf dem Karlsruher Hauptbahnhof beim Passieren der Sperre wurde Barth beim Vorlegen des Bahncheins, den er sich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Regierung — natürlich 1. Klasse — hatte ausstellen lassen, vielleicht auch selbst ausgestellt hatte, angehalten und dem diensttuenden Beamten zugeführt. Dort stellte sich heraus, daß Barth seine Reise nach Süddeutschland völlig unberechtigterweise auf Staatskosten zum Zwecke der Agitation für die Unabhängigen unternommen hatte. Der Beamte erteilte Herrn Barth einen Verweis, und Herr Barth mußte den Betrag für die von ihm zurückgelegte recht respektable Zahl von Eisenbahnkilometern nachzahlen.

### Berühmte Nachrichten.

Fremdenliste.  
 Uebernachtet haben in Stadt Leipzig: Ernst Weiß, Gewerkschafts-Sekretär, Albernau.  
 Carlische: Max Kuerswald, Wilsen, Paul Böschel, Rothentirchen, Arno Bieger, Kirchberg, Max Rura, Wilsen, Max Ahner, Wilsenburg, Max Demmler, Saupersdorf, Alfred Rammel, Rothentirchen, Karl Böschel, Weißbach, Karl Weller, Kirchberg, Wendelin Weiß, Rothentirchen, Kurt Berer, Wadwa, sämtlich Telegraphenbedienter. P. Seifert, Telegraphen-Vorarbeiter, Braunsdorf, Hans Weichner, Rnecht, Rothentirchen.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Januar. Das Kabinett der Volksbeauftragten hat gestern nachmittag den Beschlusses mit geringen Änderungen angenommen. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß das im Entwurf enthaltene Wort „Bundesrat“ wieder ausgemerzt worden ist. Die Institution des Bundesrates bleibt aber bestehen. Jeder Freistaat mit weniger als 1 Million Einwohner soll einen Vertreter in dem sogenannten Staatenhaufe erhalten, alle übrigen für je 1 Million Einwohner einen Vertreter. Das Stimmenverhältnis verschiebt sich danach z. B. dahin, daß Bayern mit 6,8 Millionen Einwohnern 7 Stimmen erhält, Preußen statt 17 Stimmen 19. Bestimmt ist nur, daß keiner der Freistaaten mehr als 1/3 Stimmen haben soll. Am Abend beriet der Zentralrat der Republik den Entwurf. Auch hier wur-

### Frauen!

Warum seid Ihr am 26. Januar zu den örtlichen Wahlen zu Hause geblieben?  
**Wahlrecht ist auch Wahlpflicht!**

### Sozialisierung der Kraftquellen.

Das Reichswirtschaftsamt hat Gesegentwürfe fertiggestellt, die jetzt den anderen Reichs- und Staatsbehörden zur Mitberatung zugehen, um die Energiewirtschaft des Reiches zu regeln und damit in neue Formen zu bringen. Es handelt sich um die einheitliche Organisation und Verwendung aller natürlichen Energiequellen, die Deutschland besitzt. Diese Energiequellen ruhen vor allem in den Brennstoffen und in den Wasserkraften, in Kohle, Torf, Erdöl und Wasser. Diese wandeln sich um in Dampf, Druckluft, Gase, Treib-, Heiz- und Leuchtöle und in elektrische Energie und beleben damit die gesamte Volkswirtschaft. Alle diese Kräfte in gemeinschaftlichem Interesse zu organisieren und damit nur die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben, sondern vor allem die Gesamtwirtschaft Deutschlands zu entfalten, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Gesegentwürfe. Es ergibt sich ohne weiteres, daß der Plan, die Kohlenwirtschaft unter einen starken, einheitlichen Einfluß zu stellen, bei dem Vertrieb der Kohle beginnen muß, weil dort der Boden am besten vorbereitet ist. Auf dem Gebiete der Produktion und des Verbrauchs werden die zu ergreifenden Schritte langamer und vorsichtiger gemacht werden müssen.

### Zu Zweien einsam.

Roman von H. Courths-Wahler. (Nachdruck verboten.)  
 „Hassen Sie sich, ich bitte Sie. Liselotte, ich will nicht schuld sein, daß Sie ungemarnt in diese Ehe gehen. Hören Sie mich an. Wolf und ich, wir lieben uns seit langem. Wir waren beide arm und konnten uns nicht angehören. Da beschloßen wir, uns zu trennen. Ich heiratete Köhner, und Wolf beschloß, um Sie zu werden. Wir wollten uns vergessen, aber unsere Liebe war stärker und besiegte alle Bedenken. Mich zog es Wolf nach. Deshalb bestimmte ich meinen Mann, Gernrode zu kaufen. Wolf und ich beschloßen, Ihnen unsere Liebe zu verheimlichen. Wir vereinharten, weil wir Ihre Mithrauen gewedt glaubten, Ihnen glaubhaft zu machen, daß eine meiner Rufinen Wolfs erste Liebe gewesen sei. Wolf hatte Ihnen ja in einem unbewachten Moment verraten, daß er schon eine andere geliebt hatte. Er beschwor mich oft bei unseren heimlichen Zusammenkünften, vorsichtig zu sein, denn er fürchtete, Sie würden von der Verbindung zurücktreten, wenn Sie Verdacht schöpfen. Ach, Liselotte, ich liebe ihn so sehr — er war arm und hatte die Abhängigkeit. So schwebte ich und bezog Sie, trotz meiner Gewissensbisse. Liselotte, können Sie mir verzeihen?“  
 Die junge Frau hatte in dumpfem Grauen zugehört. Ihr war zu Mute, als würde ihr Stuhl um Stuhl der Boden unter den Füßen fortgezogen. Entsetzt lauschte sie der intriganten Auseinandersetzung. So klar war das alles, so surschibar klar und einfach. War es denn nur zu lassen? Wolf hatte sie in kalter, heuchlerischer Art betrogen, um Herr auf Schönburg werden zu können; betrogen mit dieser Frau, die sich schmeichlerisch ihre Fremdbin genannt hatte. Als war ihr Argwohn damals noch nicht grundlos gewesen, sie hatte sich nur durch schlaue eingefädelte Romädie täuschen lassen, durch seine heuchlerische Bärlichkeit. O die Schmach, wo konnte sie sich bergen, um diesen Schlag zu verwinden! Sie sah wie um sich und dann in Sibylles dämonisches Gesicht.

„Um Herr auf Schönburg zu werden, ist er mein Gatte geworden“, rief sie jammervoll fragend hervor.  
 Sibylle nickte. „Ja, Liselotte. Wir Frauen sind arme Geschöpfe. Sind wir ohne Vermögen, verläßt man uns, sind wir reich, heiratet man unser Geld und betrachtet uns als überflüssige Zugabe. Liselotte — ich konnte Sie nicht länger betragen, so lange schon schwebte ich um feinetwillen. Jetzt hat er sein Ziel erreicht, nun bindet mich nichts mehr, Ihnen die Wahrheit zu entdecken.“  
 Liselotte kam langsam zu sich und richtete sich zerkengerade auf. Nur um Gotteswillen Haltung, nur nicht merken lassen, wie entsetzt sie dieser Schlag getroffen hatte. Es fiel ihr gar nicht ein, an Sibylles Worten zu zweifeln. Zu sonnenklar war alles, was sie sagte. Ihre Ähnung damals war eine Warnung gewesen, und sie hatte sich in verblendeter Liebeblitzigkeit dieser Warnung verschlossen. Ein Gefühl namenloser Demütigung stieg in ihr auf, als sie daran dachte, wie sie sich Wolf so rückhaltlos zu eigen gegeben hatte. Hatte er nicht gedögert, die Hand nach ihr auszustrecken? Ach — es war ja alles nur Lug und Trug gewesen, um sie zu täuschen. War es denn nur möglich, daß ein Mensch unter der Maske der Ehrlichkeit so schändlich handeln konnte! Die Erkenntnis seiner Niedrigkeit gab ihr die verlorene Fassung wieder. Sie erhob sich und streifte kühl Sibylles Hand von ihrem Arm ab.  
 „Gnädige Frau — ich vermag Ihnen jetzt nicht zu sagen, was ich über Ihre Eröffnung denke, auf meinen Dank dafür verzeihen Sie wohl!“  
 „Liselotte — gehen Sie nicht so kalt von mir, Sie tun mir leid.“  
 „Bitte, behalten Sie Ihr Mitleid für sich, ich bedarf dessen nicht. Sie gestatten, daß ich mich zurückziehe, ich habe Kopfweh.“  
 Sie neigte den Kopf und wollte aus dem Zimmer gehen. Sibylle hielt sie noch einmal auf. „Was wollen Sie tun?“  
 „Fürchten Sie nichts! Wir werden beide nicht die Geschwändlichkeit begehen, einen Eklat hervorzurufen, in Zukunft wollen wir uns aber tunlichst meiden.“

Sibylle hatte ihr mit glühenden Augen nachgesehen. Ein triumphierendes Lächeln verzerrte ihr Gesicht.  
 „Du wirst einen kühlen Empfang haben bei deinem Gatten, Wolf Gernrode, und dich nach meinem heißen Herzen sehnen. Meine Worte haben ihre Wirkung getan, sie waren wohlbedachet. Ihr Stolz wird dir die Demütigung nicht verzeihen, daß du sie nur des Geldes wegen zum Weibe nahmst.“  
 Liselotte wußte nicht, wie lange sie in ihrem Stimmer in dumpfer Verzweiflung auf dem Boden gelegen hatte. Sie hatte nur einen Gedanken gehabt — allein sein dürfen, um dem Schrecklichen Unfassbaren ins Auge zu sehen und um Fassung zu ringen. Nun richtete sie sich auf, sah mit leeren, todtraurigen Augen um sich und suchte sich klar zu werden über das, was ihr zu tun übrig blieb.  
 Wie sollte sie Wolf gegenüberreten?  
 In dieser schreckensvollen Stunde reifte Liselotte zum Weibe. Das Leid wirkt Wunder im Menschenherzen, aber nicht holde, legendreiche, sondern grauenvolle, vernichtende. Sie war mit einem Schläge eine andere geworden. Etwas Schönes, Herrliches war in ihr gestorben, das Vertrauen zu den Menschen. Dafür war etwas in ihr aufgewacht, was den Augen einen kalten, harten Glanz verlieh und dem Gesicht einen leidvollen, herben Ausdruck gab. Wohl suchte sie in angstvoller Hast nach Entschuldigungen für Wolf, denn ihre Liebe war selbst unter all diesen Schmerzen nicht gestorben, aber sie kam darüber nicht hinweg, daß er sie so unglaublich betrogen hatte. Und sie schämte sich, schämte sich bis zur Verzweiflung, daß sie ihm ihre Liebe so offen gezeigt hatte und daß sie diese Liebe nicht aus dem Herzen reihen konnte. Ihr Stolz litt tausend Qualen, aber er gab ihr auch die Kraft, sich aufzuraffen und eine ideinbar ruhige Wiene aufzufehen. Sie wusch sich das Gesicht mit kaltem Wasser und ordnete gemohnheitsmäßig ihren Anzug. Sie mußte ja wieder unter Menschen gehen, wenn sie sich auch am liebsten vor aller Welt versteckt hätte. Gerade wollte sie ihr Zimmer verlassen, als Wolf bei ihr eintrat. (Fortsetzung folgt.)

de, wie die „Voss. Ztg.“ hört, die Vorlage schließlich angenommen.

— Berlin, 29. Januar. Bis 12 Uhr nachts lag das Ergebnis der Wahlen zur preussischen Nationalversammlung aus 20 von insgesamt 23 Wahlkreisen vor. Es fehlen nur noch Polen, Koblenz, Trier und Düsseldorf 6—12 als diejenigen Kreise, die zum Teil in besetzten Gebieten sind. Demnach sind bisher gewählt: Demokraten 59, Mehrheitssozialisten 137, Unabhängige 24, Deutsche Volkspartei 16, Deutsch-nationale Volkspartei 39, Zentrum 65, Wesen und Bauerndemokraten 5, zusammen 345. 56 aus den 3 noch fehlenden Wahlkreisen stehen noch aus.

— Berlin, 29. Januar. Wie der „Lokalanz.“ erfährt, schwächen bei den zuständigen Stellen wegen des Erlasses eines Gesetzes betreffend die Einführung des Arbeitszwanges ernste Erwägungen.

— Berlin, 28. Januar. Die Kohlenkattastrophe ist bei den verschiedenen Regierungsstellen Gegenstand von Besprechungen gewesen. Der Reichskohlenkommissar hat Ebert Vorschläge unterbreitet, die auf die Erhöhung der Förderung der schlesischen Kohlenreviere abzielen. Diesen Vorschlägen hat Ebert zugestimmt. Der Eisenbahnminister hat die Bereitstellung von Lokomotiven zugesagt, die erforderlich sind, damit aus dem Ruhrgebiet mehr Kohlenzüge abgelassen werden können.

— Berlin, 29. Januar. Der „Telegraphen-Union“ wird aus Bromberg gemeldet: Der amtliche Ta-

gesbericht lautet: Wilhelmshorst wurde am 27. Januar, nachmittags, von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen; die Angreifer wurden abgewiesen und bis Georgental zurückgetrieben. An den übrigen Teilen des Abschnitts Patrouillendienst. Die Orte Eichdorf, Lergowisko, Mühlendorf, Eichenau, Kirchgrund, Eldendorf, Klein-Neuendorf sind vom Feinde frei befunden.

— München, 28. Januar. In Bayern ist die Entscheidung in der Offiziersfrage gefallen. Die „Münchener Neuesten Nachr.“ erfahren über die wichtigsten Punkte folgendes: Offiziere tragen nur während des Dienstes Uniform. Schusswaffen dürfen von ihnen nicht getragen werden. Als Seitengewehr dient das kurze Offiziersseitengewehr. Rangabzeichen werden abgeschafft. Die Offiziere tragen einen blauen Streifen um den Rockärmel; Achselstücke fallen weg. Eine Grußpflicht im Dienst und in der Kaserne wird eingeführt. Alle Offiziere des Beurlaubtenstandes sind sofort zu entlassen. Sie erhalten noch vier Monate Gehalt, um sich wieder in ihren früheren Beruf einarbeiten zu können. Das Kontingent der aktiven Offiziere wird auf das Äußerste beschränkt. Das Recht der Reserventräger auf Absetzung oder Dienstenthebung von Offizieren, die das Vertrauen des Truppenteils nicht genießen, bleibt bestehen.

— Amsterdam, 29. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Pichon teilte Lyoner Blättern zufolge im Kammerauschuss mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem

Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

— Amsterdam, 29. Januar. „Daily Chronicle“ erfährt aus Paris: Bei der gestrigen Besprechung der Kolonialfrage trat Wilson für eine Internationalisierung der deutschen Kolonien ein.

— Haag, 29. Januar. Nach einem englischen Blatte hat Amerika zu der Frage der deutschen Kolonien auf der Pariser Konferenz eine vorläufige Stellungnahme dahin eingenommen, daß auch Deutschland an der Verteilung der Kolonien beteiligt sein müsse.

— Zürich, 29. Januar. Die britischen Behörden haben die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, ein Schweizer, wurde entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

— Genf, 29. Jan. Die Franzosen besetzen das rechtsrheinische Gebiet bei Leopoldshöhe.

— Lugano, 28. Januar. Im „Corriere della Sera“ tritt der ehemalige Ministerpräsident Bazzani für den allerersten endgültigen Friedensschluß ein, damit die politische und wirtschaftliche Ruhe endlich zurückkehre. Aus Gründen der Menschlichkeit, der sozialen Sparsamkeit und der Staatsklugheit sollten Waffenstillstände durch eine dauernde Abrüstung ersetzt werden.

# Deutsche demokratische Partei

## Wahlvorschlag für die Wahl zur sächsischen Volkstammer am 2. Februar 1919

1. Kaufmann Oscar Günther, Plauen i. V.
2. Fabrikant Albert Posern, Meerane i. Sa.
3. Kaufmann Max Langhammer, Chemnitz.
4. Seminar-Oberlehrer Prof. Dr. phil. Reinhard Dietel, Zwickau.
5. Bürgermeister Dr. Friedrich Roth, Burgstädt i. Sa.
6. Gewerkschaftsleiter Ernst Weiß, Albernau b. Aue i. E.
7. Oberlehrer Hermann Schierland, Chemnitz.
8. Handlungsgehilfe Erich Klübs, Falkenstein i. V.
9. Amtsger-Rat Dr. Erich Wulffen, Zwickau.
10. Landwirt Bernhard Scheunert, Augustsburg b. Chemnitz.
11. Stm. Stadtrat Albin Schnabel, Reichenbach i. V.
12. Frau Clara verw. Crüwell, Annaberg i. Erzgeb.
13. Gemeindevorstand Ernst Kleinhempel, Wilsau i. S.
14. Glasermeister Emil Jacobi, Chemnitz.
15. Fabrikant Stadtrat Paul Hekel, Eibenstock i. E.
16. Gemeindevorstand Dr. Willy Ungethüm, Klingenthal i. Sa.
17. Gymnasial-Oberlehrer Walter Friedrich, Schneeberg-Neustädtel.
18. Fabrikant Walter Kuri, Hartmannsdorf b. Chemn.
19. Land- u. Gastwirt Hermann Matthäi, Bauenhain bei Mittweida.
20. Sticker-Fabrikant Curt Hugo Wolff, Treuen i. V.
21. Rechtsanw. Dr. Maximilian Weigel, Annaberg i. E.
22. Fabrikant Emil Willy Pöffler, Thalheim i. E.
23. Bäckermeister Ernst Jul. Marschner, Thalheim.
24. Handschuhfabrikant Kurt Merkel, Rabenstein i. S.
25. Gerichts-Sekr. Max Alfred Klücher, Plauen i. V.
26. Eisenbahn-Assistent Rich. Liebschuer, Chemnitz.
27. Rechtsanwalt Justizrat Richard Raabe, Aue i. E.
28. Werkzeugdreher August Herold, Plauen i. V.
29. Fabrikant Wilh. Otto Rendel, Frankenberg i. S.
30. Fabrikant Louis Bahner, Oberlungwitz b. Hohenf.
31. Oberlehrer Dr. Otto Goldhardt, Einsiedel b. Chemn.
32. Privatmann Stadtrat Max Sacher, Beyer i. E.
33. Kaufmann Alfred Frische, Aue i. E.
34. Büroangestellter Friedr. Otto Viertel, Dorfchemnitz.
35. Mineralwass.-Fabr. Stadtr. Carl Hecht, Stollberg i. E.
36. Arbeiter Reinhard Wolf, Zwickau.
37. Fel. Ritze Tittel, Telegr.-Beamtin, Zwickau.

Wählt nur die vorstehende Liste!

**Meinel, Rosschlächtereier, Steindöbra**  
Telefon 204, Amt Klingenthal.

In guter Lage befindliches **Haus**  
ist preiswert zu verkaufen. Offerten unter U. T. 33 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrauchte **Stechmaschine**  
sowie einige **Lamburiermaschinen** zu kaufen gesucht. Offerten unter D. N. an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**1 schwarzer Hut**  
mit weißem Filzgel, 1 Paar **Lederstiefel**, Größe 44, zu verkaufen. Wo, zu erst. in der Geschäftsst. d. Bl.

**Deutsch-nationale Volkspartei.**  
**Öffentl. Wahlversammlung**  
Donnerstag, den 30. Januar 1919, abends 8 Uhr  
im „**Deutschen Haus**“ zu Eibenstock.  
Rednerin: Frau Superintendent Hanitzsch aus Annaberg.  
Thema: „Die deutsche Frau gegenüber der Not der Zeit“.  
Alle wahlberechtigten Personen, insbesondere die Frauen, werden hierzu eingeladen.  
**Ortsgruppe Eibenstock.**

Ein ehrliches, fleißiges **Mädchen**,  
oder alleinstehende jüngere Frau,  
die bereits gebient haben, für sofort oder später gesucht von  
Frau Dir. B. Edlich,  
Erla bei Schwarzenberg.

**In Kunstseide**  
bunt bestickte Tüllfragen und Besätze, sowie Perltaschen und Beutel sucht und bittet um bemittelte Angebote  
Firma L. Bauch,  
Greiz i. V., Leonhardtstr. 19.

Ein Paar gut erhaltene **Kinder-Schneeschuhe**  
sind billig zu verkaufen. Zu erf. in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Deutsch-nationale Volkspartei.**  
**Öffentl. Wahlversammlung**  
in **Hundshübel**  
Donnerstag, 30. Januar, abends 8 Uhr  
im **Wöckel'schen Gasthofe**.  
Redner: Dr. Eckard aus Zwickau.  
Wahlberechtigte Männer und Frauen von Hundshübel und Umgebung werden hierzu eingeladen.  
Die Sozialdemokratie strebt ihren Zielen zu ungestüm zu. Sie wagt zu wenig, was erreichbar ist. Dadurch gefährdet sie unsere wirtschaftliche Kraft und unsere Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber.  
Den guten Willen und die weise Mäßigung findet Ihr bei der  
**Deutschen demokratischen Partei.**

Ein noch gut erhaltener schwarzer **Winter-Heberzieher**  
und ein Paar neue Militär-**Schnürschuhe**, Größe 41, zu kaufen gesucht. Angebote unt. E. 100 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Stroh**,  
auch kleine Posten, kauft  
Ort. Meichsner.

**Ausfuhrgutzzettel**  
sind zu haben in der Buchdruckerei von **Emil Hannebohn**.

**Bestellungen**  
auf das „**Amts- und Anzeigerblatt**“ für die Monate Februar und März werden in der Geschäftsstelle, bei unseren Austrägern, sowie bei allen Postämtern und Landbriefträgern angenommen. Die Geschäftsstelle d. Amtsblatts.

**Warum**  
hatte die  
**Deutsche demokratische Partei**  
bei der Wahl zur Nationalversammlung den  
**allergrößten Erfolg?**  
Weil sie den **Volkstaat** erstrebt, in dem alle Schichten der Bevölkerung zu ihrem Rechte kommen.  
Wählt auch zur sächsischen Volkstammer am 2. Februar  
**Deutsch-demokratisch**  
mit Liste Günther, Posern, Langhammer, Dietel.

**Versteigerung.**  
Freitag, den 31. Januar, nachm. von 1/2 12 Uhr ab sollen in **Schönheide (Haus Nr. 92)** wegen Aufgabe des Fuhrwerks 2 **starke Lastwagen**, 1 **vergl. Schleifwagen**, 1 **Anderleichenwagen**, 2 **Laßgeschirre**, 1 **vierst. Laßgeschirre**, 2 **Rutschgeschirre**, 1 **Zielengeschirre**, versch. **Rummte** u. a. m., alles noch im besten Zustand, freiwillig versteigert werden. Verkauf wird vorher nichts.  
Ort. Meichsner.

**Haus-Ordnungen** sind vorrätig in der Buchdruckerei von **Emil Hannebohn**.

Verlag und Verlag von Emil Hannebohn in Eibenstock.